

Wahlprüfsteine der Studierendenrätekonferenz Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026, Antwort BSW

### **1. Erhalt der verfassten Studierendenschaften und studentischer Selbstverwaltung**

Die verfassten Studierendenschaften bilden die demokratische Selbstverwaltung der Studierenden und übernehmen Aufgaben der Interessenvertretung, politischen Bildung sowie der sozialen, kulturellen und internationalen Zusammenarbeit. In Sachsen-Anhalt wurden zuletzt politische Vorhaben diskutiert, die die Auflösung dieser Strukturen und die Verlagerung ihrer Aufgaben auf Hochschulverwaltungen vorsehen. Die SRK sieht darin Risiken für Mitbestimmung, Eigenständigkeit und demokratische Beteiligung an Hochschulen.

#### **Frage:**

Wie positioniert sich Ihre Partei zum dauerhaften Erhalt der verfassten Studierendenschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts?

***Das BSW setzt sich für den Erhalt der bestehenden Rechtsform und die Eigenständigkeit studentischer Vertretungen ein.***

### **2. Demokratische Mitbestimmung an Hochschulen**

Studierende wirken in Senaten, Fachbereichsräten, Studierendenräten und weiteren Hochschulgremien an Entscheidungsprozessen mit. Gleichzeitig werden Veränderungen von Gremienstrukturen und Beteiligungsrechten immer wieder politisch diskutiert. Für die SRK stellt sich daher die Frage, welchen Stellenwert Hochschuldemokratie künftig im Land einnehmen soll.

#### **Frage:**

Welche Rolle soll studentische Mitbestimmung an Hochschulen künftig in Sachsen-Anhalt spielen?

***Studenten sollen in Entscheidungen einbezogen werden, die sie konkret betreffen. Dafür ist es notwendig, dass Studenten in Senaten, Fachbereichsräten, Studentenräten und weiteren Hochschulgremien an Entscheidungsprozessen mitwirken. Das BSW setzt sich darüber hinaus für die Förderung studentischen Engagements und demokratische Beteiligungsformate für und mit Studenten ein. Insbesondere das Recht der freien Meinungsäußerung schätzen wir hoch. Dass bspw. Palästinafreundliche Proteste an Hochschulstandorten verboten werden oder Veranstaltungen mit Professoren, die nicht das gewünschte Meinungsspektrum vertreten, untersagt werden, darf aus unserer Sicht nicht passieren. Das gilt für Professoren und Dozenten an den Hochschulen genauso. Sie dürfen nicht entlassen werden, weil das Meinungsspektrum nicht passt.***

### **3. Soziale Lage und Studienfinanzierung**

Steigende Lebenshaltungskosten, höhere Mieten und zusätzliche Belastungen im Studienalltag verschärfen die finanzielle Situation vieler Studierender. Besonders betroffen sind Studierende ohne familiäre Unterstützung sowie internationale Studierende. Gleichzeitig fehlen häufig ausreichende Unterstützungsstrukturen und finanzielle Absicherungen.

#### **Frage:**

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die soziale und finanzielle Situation von Studierenden in Sachsen-Anhalt zu verbessern?

**BAföG ist zentral für Chancengerechtigkeit in der Bildung und muss deutlich gestärkt werden, z.B. durch höhere Fördersätze und weniger Bürokratie. Wir brauchen zudem bezahlbares Wohnen durch mehr Studentenwohnheime sowie dauerhaft niedrigere Energiepreise - aus unserer Sicht müssen dafür wieder günstige Energieimporte aus Russland ermöglicht werden. Sozialverträgliche Preise in Mensen und Cafeterien wollen wir durch bedarfsgerechte, öffentliche Zuschüsse an Studentenwerke schaffen.**

#### **4. Studentischer Wohnraum**

Die Versorgung mit studentischem Wohnraum bleibt in Sachsen-Anhalt deutlich hinter dem Bedarf zurück. Nach der Wohnraumstatistik 2025 stehen 49.987 Studierenden lediglich 4.654 Wohnheimplätze gegenüber. Dies entspricht einer Unterbringungsquote von 9,31 %. Viele Studierende sind daher auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen.

##### **Frage:**

Wie möchte Ihre Partei bezahlbaren Wohnraum für Studierende in Sachsen-Anhalt ausbauen?

**Bezahlbarer Wohnraum für Studierende soll durch den Ausbau öffentlich geförderter Wohnheime der Studentenwerke und den kommunalen Wohnungsbau gesichert werden. Wir setzen auf mehr öffentliche Investitionen statt Privatisierung. Steigende Mieten und Nebenkosten wollen wir durch soziale Wohnraumförderung, Mietobergrenzen im studentischen Wohnen und Entlastungen bei den Energiepreisen abfedern. Studentenwerke brauchen für Sanierung und Modernisierung dauerhaft höhere Landesmittel sowie zinsgünstige Fördermöglichkeiten.**

#### **5. Mobilität und Semesterticket**

Steigende Ticketpreise führen zu höheren Semesterbeiträgen und gefährden die finanzielle Belastbarkeit des deutschlandweiten Semestertickets. Mobilität ist jedoch Voraussetzung für Studium, Praktika und studentische Erwerbstätigkeit.

##### **Frage:**

Wie will Ihre Partei langfristig bezahlbare Mobilität für Studierende sichern?

**Bezahlbare Mobilität ist aus unserer Sicht sehr wichtig. Wir wollen ein dauerhaft bezahlbares Semesterticket, das nicht ständig teurer wird. Das Deutschlandsemesterticket muss daher dauerhaft durch Bund und Länder finanziert werden, damit es für Studenten auch bezahlbar bleibt. Die Anbindung der Hochschulen im ÖPNV wollen wir mit besseren Taktungen, günstigen Tarifen und mehr Investitionen in Bus und Bahn verbessern, damit Studieren auch ohne Auto und teure Spritpreise möglich ist.**

#### **6. Hochschulfinanzierung und Zukunft der Hochschulstandorte**

Die Diskussion um Grundfinanzierung, Drittmittelabhängigkeit und die Zukunft regionaler Hochschulstandorte prägt die Hochschulpolitik seit Jahren. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel stellen zusätzliche Herausforderungen dar.

##### **Frage:**

Wie möchte Ihre Partei die Hochschulen in Sachsen-Anhalt langfristig absichern?

**Das BSW setzt sich für eine ausreichende Grundfinanzierung von staatlichen Hochschulen ein und fördert deren Ausbau. Dafür braucht es eine Hochschulentwicklungsplanung, die regionale Hochschulstandorte im Blick hat. Zudem macht sich das BSW für eine Zivilklausel an Hochschulen stark, die eine Forschung ausschließlich für zivile Zwecke vorschreibt.**

#### **7. Arbeitsbedingungen und studentischer Tarifvertrag**

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, kurze Befristungen und fehlende Dauerstellen prägen weiterhin viele Arbeitsbereiche an Hochschulen. Dies betrifft sowohl wissenschaftliche Mitarbeitende als auch studentische Beschäftigte. Gleichzeitig wird seit Jahren über bessere Arbeitsbedingungen und tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte diskutiert.

##### **Frage:**

Welche Maßnahmen unterstützt Ihre Partei zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt, insbesondere für wissenschaftliche Mitarbeitende und studentische Beschäftigte? Setzt sich Ihre Partei auf Landesebene und innerhalb der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte ein?

***Dauerbefristungen wollen wir in Dauerstellenprogramme ändern. Auch an Hochschulen braucht es verlässliche und gute Arbeitsbedingungen. Permanente Befristungen und die Abhängigkeit von Drittmittelfinanzierung sind dabei ein enormer Klotz am Bein. Wir setzen uns insbesondere für einen studentischen Tarifvertrag (TVStud) für studentische Beschäftigte ein und setzen auf Fachkräftebindung.***

#### **8. Studierendenwerke, Infrastruktur und Digitalisierung**

Mensen, Beratungsangebote, Lernräume und digitale Infrastruktur sind wesentliche Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium. Gleichzeitig bestehen Investitionsbedarfe bei Gebäuden, Aufenthaltsflächen und der technischen Ausstattung.

##### **Frage:**

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung der sozialen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen des Studiums?

***Studentenwerke sind ein wichtiger Teil guter Studienbedingungen. Diese müssen selbstverständlich verlässlich abgesichert und gestärkt werden. Hochschulen und Studentenwerke brauchen dafür eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung durch das Land, nicht nur durch kurzfristige oder befristete Programme. Die studentische Mitbestimmung wollen wir stärken, indem Studierende in Gremien echte Mitsprache behalten und bei wichtigen Entscheidungen frühzeitig einbezogen werden.***

***Beratungsangebote für Studierende wollen wir ausbauen und dauerhaft absichern. Dafür braucht es mehr Personal und eine verlässliche Finanzierung durch das Land. Psychosoziale Beratungsangebote gehören dazu. Wichtig sind auch niedrigschwellige und mehrsprachige Angebote für internationale Studierende. In Krisen müssen schnelle und unbürokratische Hilfen möglich sein. Studentenwerke, Hochschulen und Beratungsstellen sollten enger zusammenarbeiten, damit Unterstützung schneller ankommt.***

***Hochschulen müssen intakt sein und eine freundliche Lernatmosphäre bieten. Mit Sanierungen, aber auch Neubauten von Hochschulen wollen wir dem begegnen. Hochschulstandorte müssen barrierefrei sein. Das gilt auch für digitale Barrieren: Kostenfreies WLAN in den Hochschulen und***

**auf dem Campus sind genauso wichtig für einen freien Zugang zu Internet und Technik wie ausreichend verfügbare Rechner und kostengünstige bis kostenfreie Softwareangebote.**

#### **9. Antidiskriminierung und Demokratieschutz**

Hochschulen sind Orte wissenschaftlicher Freiheit, demokratischer Beteiligung und gesellschaftlicher Vielfalt. Zugleich nehmen Berichte über Diskriminierung, antisemitische und rassistische Vorfälle sowie Angriffe auf demokratische Strukturen zu. Die Sicherung eines diskriminierungsfreien und demokratischen Hochschulumfeldes stellt daher eine zentrale Herausforderung dar.

##### **Frage:**

Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um demokratische Kultur und den Schutz vor menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Einflussnahmen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt zu stärken?

***Das BSW setzt sich für das Recht der freien Meinungsäußerung ein und wir finden es wichtig, genau zu prüfen, welche Positionen tatsächlich als demokratiegefährdend einzustufen sind. Eine politische Einseitigkeit in der Demokratiebildung lehnen wir ab. Maßnahmen zur Stärkung demokratischer Kultur sollten auf Pluralismus, Debattenkompetenz und die Vermittlung demokratischer Grundwerte ausgerichtet sein, statt bestimmte gesellschaftliche oder politische Positionen pauschal zu stigmatisieren. Hochschulen sollen den offenen wissenschaftlichen Diskurs fördern und Studierende dazu befähigen, unterschiedliche Argumente kritisch zu prüfen und eigenständig zu urteilen. Auch kontroverse Positionen müssen sachlich diskutiert werden können, ohne Angst vor Ausgrenzung oder politischem Druck.***

***Ganz klar richtet sich das BSW gegen menschenfeindliche, rassistische und herabwürdigende Äußerungen. Fälle solcher Äußerungen oder Behandlungen müssen schnellstmöglich aufgeklärt werden. Betroffene müssen Schutz erhalten, Beratungsangebote und auch Schulungen sollten sowohl Studenten als auch Dozenten offenstehen.***